

Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD solidarisch mit den Protesten der Studentinnen und Studenten

Die StudentInnen-Proteste zeigen, was seit Jahren offensichtlich ist, auch wenn es die wechselnde Bundesregierungen nicht wahrhaben wollten und wollen. Die Universitäten stecken einer schweren Krise, weil die betriebs- und marktwirtschaftlich orientierte Politik, die mit und an den Universitäten betrieben wird, in die falsche Richtung geht und auf dem Rücken der Studierenden (wie auch vieler Bediensteter, so z.B. der LektorInnen) ausgetragen wird. Minister Hahns Patentrezept einer Wiedereinführung der Studiengebühren zeigt nur, dass er nichts begriffen hat.

Das Universitätsstudium ist kein Privileg derer, deren Eltern sich's leisten können. Der Hochschulzugang muss frei zugänglich sein und die Universitäten sind vom Bund mit den Ressourcen auszustatten, die für den Ausbau von Forschung und Lehre notwendig sind. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD und den Ausgegliederten –[UGöD](#) solidarisieren sich mit den StudentInnen, die ihr Menschenrecht auf Bildung auch an den Universitäten durchsetzen wollen. Sie bekräftigen die Forderung, für die sie auch in der GÖD und ÖGB aktiv sind:

Banken- und Industriepakete verteilen ist zu wenig:

Her mit einem Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste!

Her mit der Bildungsmilliarde!

Die zuständigen PolitikerInnen, allen voran

Wissenschaftsminister Hahn, Finanzminister Pröll und Kanzler Faymann, sollen diese Proteste endlich ernst nehmen, ihre marktförmige Hochschulpolitik und ihre restriktive Budgetpolitik beenden. Bildung und Universitätsbildung sind ein öffentliches Gut. Es ist höchste Zeit in einen offenen Diskussionsprozess mit allen Betroffenen (Studierenden, Lehrenden, an den Universitäten Beschäftigten) zu treten.

Rückfragehinweise:

[UGöD](#), Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und Ausgegliederte

Mail: office@ugood.org

Ulrike Stein, Mobil: 0680/1262146

Reinhart Sellner, Mobil: 0676/3437521